



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 13. März 2012
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 05/12, 06/12, 07/12

(Drucksachenband 165)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Gunnar Langer die Frage nach der Position des Ausschusses zum in der letzten Sitzung durch Aussprache erledigten Antrags zum Rathaus-TV. Vors. Spallek erklärt, dass diese Beschlussfassung genau die Position des Ausschusses wiedergäbe.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0016 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0017 Genehmigung der Niederschrift

Auf Hinweis von Stv. Seipel-Rotter wird zu Punkt 2 der letzten Sitzung auf Seite 4, vorletzter Absatz, die Jahreszahl 2006 in 2002 geändert.

Die Niederschrift wird unter Einbeziehung dieser Änderung genehmigt.

Einstimmig

0018 12-F-33-0032

Kontaktpflege mit US-Streitkräften in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.03.2012 -

Stv. Weck begründet den Antrag.

Zu diesem Antrag wird in der Sitzung ein Änderungsantrag von Linke&Piraten eingereicht, zu dem Stv. Weck meint, dass dieser nicht zu dem vorgelegten Berichtsantrag passe. Er empfiehlt, den Änderungsantrag als neuen Antrag einzubringen.

Stv. Seipel-Rotter schlägt vor, den Änderungsantrag zurückzustellen und in der nächsten Sitzung einzubringen.

Herr Baum, Bürgerreferent, berichtet mündlich zu dem Antrag:

- Die US Army ist sehr an der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Deutschen und der Amerikanischen Bevölkerung in Wiesbaden interessiert. Vertreter der US Army nehmen regelmäßig an städtischen Veranstaltungen teil (z. B. Fastnacht, Rheingauer Weinwoche, Sternschnuppenmarkt).
- Es gibt regelmäßig gegenseitige Einladungen zu Empfängen bzw. Veranstaltungen.
- Einmal im Jahr findet ein Fußballspiel der Rathausmannschaft gegen eine Auswahl der US Garnison statt. Ebenso ein jährliches Spiel gegen die Landtagsmannschaft.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- Bereits seit Jahren nehmen amerikanische Mannschaften am 25-Stunden-Lauf teil.
- Die Wiesbaden Phantoms Juniors führen alljährlich Spiele gegen das US Highschool Team durch. Dieses Jahr ist das Spiel Anfang September im Rahmen eines Bundesligaspiels der Phantoms stattfinden.
- Im vergangenen Jahr trat erstmals ein US Gospel Chor auf dem Sternschnuppenmarkt auf. Zukünftige Auftritte von US Gruppen auf der Rheingauer Weinwoche und auf dem Sternschnuppenmarkt sind vorgesehen.
- Die US Army beteiligt sich regelmäßig am Wiesbadener Stadtfest.
- Im Dezember ist ein öffentliches Konzert der US Army Europe Big Band in den Rhein-Main Hallen vorgesehen.
- Für das Gastspiel des Circus Sarrasani im Mai dieses Jahres wurde der Kontakt zwischen Veranstalter und hiesiger US Garnison hergestellt. Kartenkontingente sollen auch auf dem WAAF und in den Housings angeboten werden.
- Zwischen dem Schuldezernat und der amerikanischen Schulbehörde bestehen Kontakte. Erste Schulprojekte haben bereits stattgefunden.
- Wiesbaden Marketing unterhält enge Kontakte zur hiesigen US Garrison, um über Wiesbaden und hiesige Veranstaltungen zu informieren. Wiesbadener Veranstaltungen werden regelmäßig beworben, auch über AFN Wiesbaden. Aktuell wird auch die Broschüre „12 gute Gründe“ in der US Community verteilt.

Stadträtin Scholz bringt ein, dass sie mit den Amerikanern Kontakte zu inklusiver Bildung habe, die in den USA bereits umgesetzt sei. Ein kontinuierlicher Kontakt sei aber nicht zu Stande gekommen. Die Amerikaner haben klare Strukturen auch im Schulalltag, die man nicht so ohne weiteres durchbrechen könne.

Stv. Kaynak erklärt, dass der Antrag von seiner Fraktion begrüßt werde. Man werde häufig aus der Bevölkerung angesprochen, dass es mehr Berührungspunkte mit den Amerikanern geben sollte. Er bittet darum, die Ausführungen von Herrn Baum schriftlich erhalten zu können.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass die Kontakte seit Jahren eher abgehoben seien. Die Amerikaner betreiben eher eine Parallelgesellschaft in Wiesbaden, die durchbrochen werden müsste. Nach seiner Auffassung sollte das deutsch-amerikanische Freundschaftsfest wieder belebt werden. Vielleicht seien aber auch Clubs ein Einstieg zu größeren Kontakten. Im Moment bestünden allerdings nur Absichtserklärungen - die Politik müsse hier unterstützen.

Lt. Herrn Baum müsse man zunächst abwarten. „Normale“ Soldaten kämen ja nicht nach Wiesbaden. Es gäbe einfach andere Strukturen.

Herr Berg, Vertreter des Seniorenbeirats, berichtet, dass Amerikaner auch Freizeit hätten und er oft Amerikaner in den Lokalen im Schiffchen antreffen würde (z.B. Irish Pub in der Goldgasse).

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Michna erklärt Herr Baum, dass die Clubs (z. B. Good Neighbours) von Deutschen und Amerikanern betrieben würden, wobei die Deutschen in der Regel bei AFN arbeiteten.

Lt. Stv. Manjura ist der entscheidende Punkt die Dauer des Aufenthalts. Wenn man nur 3 oder 4 Monate in Deutschland stationiert sei würde man sicher keine Freundschaften aufbauen. Bei fest Stationierten sähe das sicher anders aus. Jetzt kämen eher die mittlere und die Führungsebene nach Wiesbaden und man wird sicher aktiver auf die Situation zugehen.

Stv. Dumont du Voitel weist darauf hin, dass der deutsch-amerikanische Frauenclub auch heute eine große Rolle spiele. Sie geht aber davon aus, dass sich alles sehr schnell ändern würde, wenn noch einmal etwas passiere ähnlich wie der 11. September - da würden sich die Kontakte sofort verschlechtern.

Vors. Spallek geht auch davon aus, dass man sich keine falschen Illusionen über ein transparentes Miteinander machen sollte. Aber es müsse ja kein Nebeneinander bleiben. Es könne nur funktionieren, wenn es Kontakte zur Bevölkerung gäbe.

Der Antrag ist durch den Bericht von Herrn Baum und die geführte Aussprache erledigt.

Einstimmig

0019 12-F-08-0025

Bürger_innen an den Haushaltsberatungen beteiligen
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 06.03.2012 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Stv. Dr. Wittkowski geht davon aus, dass der 1. Punkt bereits so praktiziert wird. Der 2. Punkt des Antrages sei nicht ganz unproblematisch und fragt im Hinblick auf das Schreiben des OB zu Punkt 5 der heutigen Sitzung (Bürgerhaushalt), ob man nicht besser erst einmal abwarten sollte.

Stv. Kaynak erklärt, dass seine Fraktion den Antrag unterstütze. Der 1. Punkt wurde bereits durch die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2010 beschlossen, sollte jetzt aber auch vollzogen werden.

Stv. Schickel greift das Beispiel Bürgerhaushalt heraus. Er hätte in Potsdam gesehen, wie dort damit verfahren werde. Dort würden die Bürger/innen ein Jahr auf die Sache vorbereitet und trotzdem sei die Beteiligung sehr gering. Er hält es daher für sinnvoll, zunächst einmal abzuwarten, ehe man dem Antrag näher tritt und verweist ebenfalls auf den Bericht des OB zu Punkt 5 der heutigen Sitzung, denn es soll ja nach Möglichkeiten gesucht werden. Er hat aber keine große Hoffnung, sondern ist er pessimistisch. Man sollte plausiblere Konzepte abwarten.

Als noch nach der Kameralistik gearbeitet wurde, sei dies ein Buch mit 7 Siegeln gewesen. Die Umstellung auf doppik habe zwar geholfen, aber trotzdem könnten Viele nichts mit dem Zahlenwerk anfangen. Wenn man das dann auf den Bürger/die Bürgerin herunterbräche, müsste man mit großen Schwierigkeiten rechnen.

Er hält den 1. Punkt des Antrages durch die Realität für überholt und möchte Punkt 2 des Antrages entweder ablehnen oder auf einen späteren Zeitpunkt vertagen.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Seipel-Rotter weist darauf hin, dass man ja kurz vor den Haushaltsberatungen stünde, da könne man nicht mehr vertagen. Es gäbe mehrere Städte, die das realisieren. Der Haushalt werde nicht 1 zu 1 auf der Homepage veröffentlicht, sondern es gäbe eine Kommentarfunktion und der Bürger/die Bürgerin könne vorschlagen, wo z. B. Geld eingespart werden könne - das wäre Bürgerbeteiligung.

Lt. Vors. Spallek besteht das Problem, dass man nicht erwarten könne, ohne Vorkenntnisse mit dem Haushaltsentwurf etwas anfangen zu können.

Er sieht den Zug für diese Haushaltsberatungen abgefahren. Der Haushalt hätte unter dem Schatten der Kommunalwahl gestanden, alles war knapp getaktet.

Wenn man jetzt eine Kommentarfunktion einführe, würde dem Bürger vermittelt, dass etwas zu bewegen sei, aber man könne die Dinge gar nicht so aufarbeiten, dass sie umsetzbar sind. Man solle keine Luftschlöser in die Welt setzen.

Stv. Apel fragt nach, was die Linken&Piraten sich denn vorstellen. Wann solle z. B. der Haushalt eingestellt werden? Wenn die Unterlagen aus den Dezernaten vorliegen?

Stv. Seipel-Rotter würde dies nicht nur den Stadtverordneten, sondern auch den Bürger/innen zur Verfügung stellen.

Selbst wenn man unterstelle, dass die Bürger Lt. Vors. Spallek mitmachen, wäre die Umsetzung schwierig. In Berlin würde den Bürger/innen nur ein kleiner Bereich zur freien Entscheidung überlassen und da käme dann auch wirklich etwas dabei heraus, weil die Bürger/innen auch wirklich etwas bewegen können.

Ein Risiko hat man lt. Stv. Seipel-Rotter bei jeder Bürgerbefragung (z. B. bei den Rhein-Main-Hallen).

Stv. Dr. Wittkowski möchte wissen, wer das System denn betreuen solle. Wenn der gesamte Haushalt für die Bürger/innen frei gegeben werde, müsse jemand bei der Kämmerei mit der Betreuung beauftragt werden - da käme ein hoher Verwaltungsaufwand zu Stande.

Lt. Stv. Schickel habe man eine solche Stabsstelle im Koalitionsvertrag aufgenommen. Sie sei aber, weil sie Geld koste, auf wenig Gegenliebe gestoßen.

Es wird beantragt, Ziffer 1 des Antrages als durch Vollzug für erledigt zu erklären und Ziffer 2 abzustimmen:

Ziffer 1 - Erledigung durch Vollzug gegen Bü90/Grüne + Linke&Piraten abgelehnt
Ziffer 2 - gegen Bü90/Grüne + Linke&Piraten abgelehnt

0020 12-F-08-0014

Veröffentlichung der Einladungen und Tagesordnungen der
Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse - Bürgerantrag an die
Stadtverordnetenversammlung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 01.02.2012 -
- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09.02.2012 -

**Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag und weist darauf hin, dass seine Fraktion seit langer Zeit Infos auf der Homepage anbiete. Es solle Veröffentlichungen z. B. bei Blitztipp geben. Zumindest sei das für Ausschüsse, die donnerstags tagen und für die Stadtverordnetenversammlung möglich.

Stv. Weck erklärt, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde. Alle durch den Antrag angesprochenen Zeitungen erscheinen wöchentlich. Dies würde andere Veröffentlichungsfristen nach sich ziehen. Auch die Länge der Tagesordnungen sei entscheidend. Man habe selber kurze Fristen im Vorlauf und halte es für unrealistisch, eine Veröffentlichung zu gewährleisten.

Stv. Seipel-Rotter erklärt noch einmal, dass man von Blitztipp und Wiesbadener Wochenblatt rede und man sich auch auf die ausschließliche Veröffentlichung der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung einigen könne.

Lt. Vors. Spallek könne man nicht die Tagesordnungen aller Ausschüsse in den Wochenzeitungen veröffentlichen. Man könne nicht sagen, dass dann manche Ausschüsse einfach Pech hätten, sondern müsse eine Gleichbehandlung garantieren - entweder alle oder keiner.
Die Idee sei sicher gut, weil sich dann alle kostenfrei über die Sitzungen informieren könnten, aber dies sei realisierbar. In der Geschäftsordnung sei festgeschrieben, wie zu veröffentlichen sei.

gegen Grüne und Linke&Piraten

0021 11-F-03-0116

Bürgerhaushalt
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 25.11.2011 -

Der schriftliche Bericht des Oberbürgermeisters liegt vor.

Auf Nachfrage von Stv. Kaynak, in welchem Zeitraum die Konzepte erstellt werden sollen, wird auf Dezernat I verwiesen.

Der Antrag hat durch die Vorlage des schriftlichen Berichts seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0022 11-F-08-0081

Digitale Bereitstellung der Unterlagen im geschützten Bereich des politischen Informationssystems
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Auch hier liegt ein schriftlicher Bericht des Oberbürgermeisters vor.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass entsprechende Anträge in die Haushaltsberatungen eingebracht werden können.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Seipel-Rotter fragt nach, wie denn der in dem Bericht erwähnte Betrag von 10.000 € zu Stande käme.

Vors. Spallek schlägt Stv. Seipel-Rotter vor, direkt bei der Verwaltung nachzufragen und die Verwaltung nicht mit weiteren Anträgen zu bombardieren.

Stv. Maritzen weist darauf hin, dass die Zahl sicher belegbar ist, denn man habe die Zahl doch sicher nicht ohne Recherchen gegriffen.

Der Antrag hat durch die Vorlage des schriftlichen Berichts seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0023 Bericht der Dezernentin

Hierzu wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

0024 12-V-33-0001

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für die Durchführung der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten

Frau Rudolph berichtet, dass sie in der letzten Sitzung des Ausschusses schon über die geplante Konferenz berichtet habe. Die Veranstaltung würde in Kooperation mit Bund, Land und LHW durchgeführt und man rechne mit 300 Teilnehmer/innen. Die LHW müsse angemessene Räumlichkeiten stellen. Das Ministerium würde die Abendveranstaltung durchführen.

Stadträtin Scholz weist darauf hin, dass man sehr dankbar dafür sei, diese Veranstaltung hier in Wiesbaden zu haben. Auf den Einwurf von Stv. Seipel-Rotter erwidert sie, dass die Veranstaltung mit 25.000 € bei 300 Teilnehmern nicht überteuert sei. Man habe auf das Dorinth-Hotel ausweichen müssen, da ansonsten keine geeigneten Räumlichkeiten in Wiesbaden frei waren. Aber auch das Kurhaus o. ä. hätte man sicher nicht zu günstigeren Konditionen mieten können.

Einstimmig

0025 12-V-30-0001

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I Mainz-Kastel

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 13. März 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0026 **Verschiedenes**

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- die nächste Ausschusssitzung in der griechisch-orthodoxen Pfarrgemeinde in Wiesbaden-Biebrich, Rheingaustraße/Ecke Lutherstraße stattfinden wird,
- Stv. Evrim Kaynak aus beruflichen Gründen nach Berlin verzieht und sein Mandat mit Wirkung vom 19.03.2012 niederlegt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .03.2012

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba